

Liebe Freundinnen, liebe Freunde,

heute feiern wir ein buntes Fest aus Freude darüber, dass uns die AfD mit ihrem Besuch verschont hat.

Die Hoffnung, dass sich diese Partei durch aufgeflogene strafbare Handlungen selbst zerlegen wird, ist aber leider eine Illusion. Wir müssen uns weiter die Mühe machen, zu erklären, warum diese Partei gefährlich für unsere Demokratie ist.

Hendrik Cremer, Vorsitzender des Deutschen Instituts für Menschenrechte, hat vor kurzem das Buch „Je länger wir schweigen, desto mehr Mut werden wir brauchen“ veröffentlicht. Er appelliert eindringlich, den Umgang mit der AfD zu ändern, sie als **höchst gefährliche** Partei zu behandeln – und zwar **für uns alle**, nicht nur für eingewanderte Menschen.

Die AfD wird immernoch verharmlosend als rechtspopulistisch charakterisiert, obwohl sie eine Gewaltherrschaft anstrebt und die Demokratie, die im Grundgesetz von 1949 verankert ist, zerstören will. Das Grundgesetz orientiert sich an der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte von 1948, die als Antwort auf die grauenvollen Erfahrungen mit den Menschheitsverbrechen des Hitler-Faschismus entstand.

### **Für die AfD sind die Menschenrechte aber nicht von Belang.**

Ein Beispiel:

Björn Höcke sprach sich in einem „Sommerinterview 2023“ dafür aus, behinderte Kinder vom Regelunterricht auszuschließen, sie seien Belastungsfaktoren und die Inklusion sei nur ein Ideologieprojekt.

Verena Bentele vom VDK antwortet darauf, Inklusion sei ein Menschenrecht und kein Ideologieprojekt. ... Sie sagt: „Heute sind es Migranten und geflüchtete Menschen, Menschen mit Behinderungen und Frauen, denen die AfD dreist und unverhohlen ihre Rechte abspricht, Morgen sind es vielleicht schon Seniorinnen und Senioren, Pflegebedürftige und ärmere Menschen.“ Das ist ein anschauliches Beispiel dafür, dass wir alle unter einer AfD-Diktatur leiden würden, wer ist schon gefeit vor Alter, Pflegebedürftigkeit und Behinderung?

Rechtsextreme Positionen zeigen sich nicht nur bei traditioneller nationalsozialistischer Terminologie wie „Volksgemeinschaft“ oder „Rasse“, sondern immer dann, wenn bestimmte Gruppen in der Gesellschaft pauschal abgewertet werden. Sie kann sich gegen alle Andersdenkenden richten. „Die sind anders als wir“ „die passen nicht zu uns“. Das deutsche Volk habe eine nationale „kulturelle Identität“ – **das Wort Rasse muss man nicht mehr in den Mund nehmen**. Es wäre zu verräterisch. Man kann es durch „Kultur“ und „eigenen Lebensraum“ ersetzen.

Menschenrechte sind Rechte, die sich von der Würde des Menschen herleiten lassen: Rechte, die unveräußerlich, unteilbar und unverzichtbar sind. Sie stehen allen Menschen zu, unabhängig davon, wo sie leben und wie sie leben.

Dagegen wird im AfD-Grundsatzprogramm von 2016 als Bevölkerungsideal in Deutschland eine kulturelle Homogenität angestrebt, die es gegen „importierte kulturelle Strömungen“ zu verteidigen gelte.

So klingt es im O-Ton des Grundsatzprogramms:

*„Die Ideologie des Multikulturalismus, die importierte kulturelle Strömungen auf geschichtsblinde Weise der einheimischen Kultur gleichstellt und deren Werte damit zutiefst relativiert, betrachtet die AfD als ernste Bedrohung für den sozialen Frieden und für den Fortbestand der Nation als kulturelle Einheit. Ihr gegenüber müssen der Staat und die Zivilgesellschaft die deutsche Identität als Leitkultur selbstbewusst verteidigen.“*

Die Menschen werden in Gruppen eingeteilt, in denen einige weniger und andere mehr wert sind. Das führt dann zu den beabsichtigten Massen-Deportationen, die Korrektiv enthüllte, aber auch zu der Absicht, Nicht-Deutsche von der Rente auszuschließen. 2021 wurde das durch Beschluss mit 90%iger Zustimmung ins AfD-Grundsatzprogramm aufgenommen.

Es gibt keine nennenswerte Strömung in der AfD, die sich dem extremen völkisch-nationalen Kurs der Partei widersetzen würde.

Und hier bin ich bei den Interviews, in denen AfD-Mitglieder, gern auch vermeintlich „weniger extreme“ auch unterhalb der Bundesebene befragt werden und damit eine Bühne bekommen, die AfD als „normale Partei“ zu präsentieren. Vielleicht sogar mit Kritik an der Wortwahl Höckes oder Gaulands oder Krahs, sodass man den Eindruck gewinnt, es sei wie in jeder Partei, in der es verschiedene Schwerpunkte und Charaktertypen gäbe. Eine Art „gesellschaftliche Normalisierung“ der AfD findet statt, in der man sich als Opfer darstellen kann.

Verfassungsfeindlichkeit wird als haltlose Unterstellung weit weg gewiesen – wer liest denn schon das AfD-Programm?

Höcke erhielt im MRD-Interview im August 2023 sogar Gelegenheit, für seine Social-Medialkanäle zu werben.

Wenn Weidel im Interview gefragt wird, ob sie sich für die krassen Fälle in ihrer Partei schäme, wird sie selbst nicht als rechtsextrem eingestuft, obwohl sie doch Vorsitzende ist und damit deren rechtsextremen Kurs im Besonderen zu verantworten hat.

Ein weiterer Fall für den normalisierten Umgang mit der AfD gehört auch das Bröckeln der Brandmauern bei der Zusammenarbeit in so genannten „Sachfragen“ in politischen Gremien, weil sie ja eine „demokratisch gewählte Partei“ ist. Das stimmt zwar, aber sie hat verfassungsfeindliche Ziele und entsprechend muss man sie vom normalen „Demokratiegeschäft“ ausschließen.

Ob ein Verbotsantrag beim Bundesverfassungsgericht gestellt wird, ist noch nicht klar – bis zu einem Urteil würde jedenfalls eine erhebliche Zeit vergehen.

Die Gefahr besteht, dass die AfD stärker und stärker wird, bis ein Verbot vielleicht nicht mehr durchsetzbar wäre.

Es kommt also auf uns an, wie wir diese Partei behandeln.

Zum Schluss bitte ich euch, die Europawahlen ernst zu nehmen und wählen zu gehen – um für einen demokratischen Kurs Europas zu sorgen und die rechtsextremen Parteien in Europa zu schwächen. Infos über die Fraktionen und auch über die Rechtsaußen-Fraktionen findet ihr am Infostand der VVN-BDA.